

A5NEU Beendet Repressionen gegen linken Aktivismus! Solidarität mit der letzten Generation und den Aktivist*innen in Leipzig

Gremium: Sara Gruber, Gregor Laukert

Beschlussdatum: 16.06.2023

Tagesordnungspunkt: 4.2. Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Während Staat, Verfassungsschutz und Polizei immer mehr die Kontrolle über
2 rechtsextreme Gewalt und Straftaten auch im Netz verlieren, Rassismus, z.B. in
3 der Form von racial-profiling in der Polizei weiterhin weit verbreitet und
4 Vorfälle wie der Mord von Oury Jalloh in Dessau bis heute nicht aufgearbeitet
5 wurden, sind in den letzten Wochen noch weitere strukturelle Probleme innerhalb
6 unserer Sicherheitsbehörden erneut sehr deutlich sichtbar gewesen.

7 Verschiedene Formen von linkem, progressivem Aktivismus wurden wiederholt
8 gezielt kriminalisiert und angegriffen. Wenn Sokos für Linksextremismus mit
9 dünner Faktenlage unbedingt Ergebnisse präsentieren müssen oder passend zum
10 bayrischen Wahlkampf Großrazzien bei friedlichen Klimaaktivist*innen
11 stattfinden, steht eine Einflussnahme durch Politik mindestens im Raum.

12 Wir sagen: Wenn Olaf Scholz und Robert Habeck die Proteste nicht passen, dann
13 machen eben diese Proteste etwas richtig. Protest hat die Funktion Regierende zu
14 kritisieren und ungemütlich für diese zu sein.

15 Die gezielte Kriminalisierung durch Worte und Taten von AfD-, Unions- und FDP-
16 bis hin zu einzelnen SPD-Politiker*innen soll nur von ihrer Ignoranz und ihrem
17 inhaltlichen Versagen in klimapolitischen Fragen ablenken. Wenn rechtskonservative
18 Pressehäuser dann mehr oder weniger direkt zu Gewalt gegen Demonstrant*innen
19 aufrufen, ist das Auftreten dieser nur noch eine Frage der Zeit.

20 Gegen staatliche Repressionen, gerichtet auf friedlichen Protest, stehen wir
21 gemeinsam. Solidarität mit der Letzten Generation!

22
23 Auch international gerät die gewaltfreie Klimagerechtigkeitsbewegung immer mehr
24 ins Visier des Staates. Zuletzt wurde in Frankreich mit großangelegten
25 Hausdurchsuchungen gegen die Gruppe "Les Soulèvements de la Terre" (Dt: Aufstand
26 der Erde) vorgegangen. Der Französische Innenminister hat bereits angekündigt
27 das Netzwerk auflösen zu wollen. Die Repressionen in Deutschland und
28 international zeigen, dass Umweltbewegungen, die notwendiges fordern, um
29 Lebensgrundlagen zu erhalten, Regierungen ein Dorn im Auge sind. Das
30 "Ökoterrorismus"-Narrativ wird immer weiter vorangetrieben.

31 Gegen diese Deffamierung und Kriminalisierung ziviler Bewegungen durch
32 Staatsgewalt müssen wir eintreten. Um den Kampf für Klimagerechtigkeit gewinnen
33 zu können, braucht internationale Solidarität!

34 Das jüngste Beispiel aus Leipzig zeigt auch: Noch immer wird von der Polizei
35 gerade bei der Begleitung von linken Protesten auf Eskalation gesetzt. Im
36 Nachhinein wird die Schuld für die Eskalation vollständig auf die
37 Demonstrierenden geschoben. Gleichzeitig werden z.B. Einkesselungen mit extremer
38 Länge, bei Kälte, ohne Toiletten und ohne hinreichende Versorgung genutzt, um
39 Aktivist*innen zu bestrafen, ohne dass je ein Urteil gesprochen werden konnte.
40 Unter den Gekesselten waren teilweise minderjährige Menschen, die von

41 Polizist*innen dazu gezwungen wurden sich ausziehen oder am ganzen Körper
42 abtasten zu lassen. Somit war nicht nur das unverhältnismäßig lange
43 Aufrechterhalten des Kessels bei kalten Temperaturen problematisch, sondern es
44 ging eindeutig gegen die Menschenwürde und in den strafbaren Bereich. Dieses
45 Handeln verurteilen wir aufs schärfste.
46 Wir fordern umfangreiche Aufklärung von diesen Vorgängen sowie Konsequenzen für
47 die Verantwortlichen in Polizei und Politik und sind solidarisch mit den
48 Aktivist*innen in Leipzig.

49 Also fordern wir:

- 50 • Ernstnehmen der Anliegen von Aktivist*innen, statt Ablenkung durch
51 Repression und Kriminalisierung!
- 52 • Ein Ende der Verfolgung von friedlichem Protest!
- 53 • Demonstrationsbegleitung die auf Desekalation setzt.
- 54 • Lückenlose Aufarbeitung der Vorgänge in Leipzig und Strafverfolgung der
55 sexuellen Übergriffe, besonders gegenüber minderjährigen Menschen
- 56 • Wahrung des Grundrechts auf Demonstrationsfreiheit. Wir stehen gegen jede
57 politisch motivierte Einschränkung des Versammlungsrechts!
- 58 • Ernstzunehmende Verfolgung von rechtsextremen Straftaten statt Hufeisen
59 und zweierlei Maß in der Strafverfolgung.

Begründung

Erfolgt mündlich.